

| ASP-Landesversammlung | 18. Oktober 2014 |
|---|---|
| <p style="text-align: center;">Antrag</p> <p style="text-align: center;">Migration und Flucht als größte Herausforderung unserer Zeit</p> <p style="text-align: center;">-</p> <p style="text-align: center;">Für eine umfassende Flüchtlings- und Asylpolitik in Bayern, Deutschland und Europa</p> | <p>Beschluss:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p> <p><input type="checkbox"/> Überweisung</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung</p> |
| <p style="text-align: center;">Antragsteller:</p> <p style="text-align: center;">Außen- und Sicherheitspolitischer Arbeitskreis (ASP)</p> | |

Der CSU-Parteitag möge beschließen:

Die CSU in Ihrer Gesamtheit und insbesondere die Mandatsträger der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich verstärkt folgenden entwicklungspolitischen Schwerpunkten zu widmen.

Migration zwischen Regionen und Ländern besteht seit jeher und derzeit leben circa drei Prozent der Weltbevölkerung, also an die 190 Millionen Menschen weltweit, größtenteils freiwillig, außerhalb ihres Herkunftslandes. Die Verschärfung der Krisen in der Welt hat allerdings insbesondere in den Jahren 2013 und 2014 zum größten weltweiten Flüchtlingsstrom seit dem Zweiten Weltkrieg geführt und die Internationale Gemeinschaft vor enorme Herausforderungen gestellt. Diesen kann nur begegnet werden, indem alle direkt und indirekt betroffenen Länder ihren Pflichten nachkommen.

Die humanitäre Verpflichtung Menschen in Not zu helfen, ist ein Leitmotiv unserer Politik. Es darf aber nicht zu einer Überforderung Deutschlands in der Asyl- und Flüchtlingspolitik kommen. Unerlässlich ist zum einen die politische Klarstellung, dass das Asylrecht nur für die wirklich Schutzbedürftigen da ist. Notwendig ist zum anderen das Signal, dass Deutschlands Leistungsfähigkeit nicht unbegrenzt ist und die innereuropäische Verteilung gerechter organisiert werden muss.

Humanitäre Flüchtlingstragödien wollen wir verhindern und internationalen Schlepperbanden sagen wir den Kampf an. Unser Blick richtet sich in die Zukunft und unser Ziel sind Lösungen für einen menschenwürdigen Umgang mit Migranten und Flüchtlingen sowie hin zu einer umfassenden Bewältigung der Ursachen für und der Herausforderungen durch Migration und Flucht.

Begründung:

Fluchtursachen und Lösungsansätze

Da die Ursachen für Flucht vielfältig sind, muss auch der Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden passgenau und koordiniert sein. Die theoretische Unterscheidung zwischen erzwungener Flucht und freiwilliger Migration laut der Genfer Flüchtlingskonvention darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland und vor allem auch Europa ein Konzept für den Umgang mit allen Flüchtlingen und Asylsuchenden – unabhängig von den unterschiedlichen Beweggründen – erarbeiten und umsetzen muss. Die Lösungen finden sich häufig direkt in den Heimatländern der Migranten, aber auch hierzulande müssen neue Strategien für die steigende Zahl an Ankommenden erarbeitet werden.

Im Jahr 2014 befinden sich mittlerweile weit über 51 Millionen Menschen auf der Flucht. Darunter sind 33,3 Millionen Binnenflüchtlinge, 16,7 Millionen internationale Flüchtlinge und 1,2 Millionen Asylsuchende. Deutschland steht in der Verantwortung, im Rahmen der humanitären Hilfe kurzfristig auf Flüchtlingskrisen, wie aktuell im Irak, in Syrien und in Afghanistan, zu reagieren sowie langfristig durch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit dafür zu sorgen, dass Menschen vor Ort in ihren Heimatländern Chancen ergreifen und sich in einem sicheren und stabilen Umfeld eine Zukunft aufbauen können. Weitaus akuter ist allerdings das Problem inadäquater europäischer Strategien zur Bewältigung der Krise hierzulande.

Geteilte Verantwortung

Bund, Länder und Kommunen sind gezwungen, auf die aktuell prekäre Situation für Asylsuchende in Deutschland und Europa zu reagieren. Zwischen Januar und August 2014 stellten 99.592 Asylsuchende einen Erstantrag in Deutschland. Dies bedeutet einen Anstieg um 59,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die bis zum Sommer 2014 unternommenen kommunalen, landes-, bundes- und europaweiten Anstrengungen sind erste Schritte hin zu einer neuen und umfassenden Flüchtlings- und Asylpolitik in Bayern, Deutschland und Europa. Gleichzeitig bestehen noch Herausforderungen, auf die nun reagiert werden muss. Insbesondere der herannahende Winter verlangt von allen Beteiligten noch größere Anstrengungen.

Menschenwürdiger Umgang mit Asylbewerbern

Bayern zählt zu jenen Ländern, die innerhalb Deutschlands die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Während alle europäischen Länder in der Pflicht sind, eine umfassende Strategie zu erarbeiten und die darin enthaltenen Schritte zu befolgen, müssen gleichzeitig innerhalb Deutschlands Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten, um zukunftsfähige Lösungen zum Umgang mit den Asylbewerbern zu erarbeiten und umzusetzen. Insbesondere die menschenwürdige Unterbringung aller hier Ankommenden, die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt, sowie der Umgang mit unbegleiteten Kindern und minderjährigen Jugendlichen und die Behandlung von kranken und traumatisierten Frauen, Männern und Kindern müssen in den kommenden Monaten vorangebracht werden.

Die Christlich Soziale Union fordert die zuständigen Stellen in Bund, Ländern und Kommunen deshalb dazu auf, sich verstärkt dafür einzusetzen,

- 1) dass ausreichend Mittel und Personal für eine zügige Verfahrensdurchführung und ggfs. Aufenthaltsbeendigung zur Verfügung gestellt werden.
- 2) in Bayern ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine menschenwürdige Unterbringung für alle Flüchtlinge in Bayern zu gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Winter.
- 3) durch geschultes Personal für Sicherheit und Ordnung in den Unterkünften gesorgt wird, und so Spannungen und Gewalt verhindert werden.
- 4) den teilweise aus ihren Familien herausgerissenen, traumatisierten Frauen, Männern und Kindern die notwendige medizinische und psychosoziale Betreuung zur Verfügung gestellt wird, die diese Menschen dringend benötigen.
- 5) unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen der notwendige Schutz und die erforderliche Betreuung sowie Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zuteilwerden.
- 6) die bereits beschlossene Absenkung der Sperrfrist zur Arbeitsaufnahme auf 3 Monate für ankommende Asylbewerber umgehend umgesetzt wird.
- 7) die beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vorgesehenen finanziellen Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen aufgestockt werden. Damit sollen die Folgen aktueller Krisen gemildert und langfristig Perspektiven geschaffen werden, damit die Menschen in ihren Heimatländer unter verbesserten und sicheren Lebensbedingungen bleiben können.
- 8) der neue Europäische Kommissar für Migration und interne Angelegenheiten sich einer gerechteren Lastenverteilung bei Flüchtlings- und Asylfragen in ganz Europa annimmt und die Einhaltung eines verpflichtenden europaweiten Verteilungsschlüssels durchsetzt.

Des Weiteren begrüßen wir die Beteiligung der Bundesregierung am UNHCR-Resettlement-Programm, bei dem gezielt ausgewählte Flüchtlinge in Deutschland angesiedelt werden. Dabei unterstützen wir aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesagentur für Arbeit) die Einrichtung des bundesweiten Aufnahmezentrums in Nürnberg.